

DGB ruft zur Kundgebung auf

MAZ 15. 9. 83

Empörung über die Vorgänge bei VAW

Arbeitsdirektor Alfred Huthoff steht im Brennpunkt der Kritik von Gewerkschaftern

Die Entscheidung der Unternehmensleitung der bundeseigenen Vereinigten Aluminiumwerke (VAW), zwei Betriebsräten fristlos zu kündigen, sechs Abänderungskündigungen auszusprechen und 600 Belegschaftsmitgliedern Abmahnungen zu schicken, ist vom Vorstand des DGB-Kreises Hannover sowie von Betriebs- und Personalräten anderer hannoverscher Unternehmen mit Empörung aufgenommen worden. Der DGB sieht im Vorgehen der VAW-Leitung einen Angriff auf die Gewerkschaftsarbeit mit „frühkapitalistischen Methoden“.

Der Zorn richtet sich vor allem gegen die Haltung von Arbeitsdirektor Alfred Huthoff, der als Mitglied der IG Chemie mit Hilfe der Gewerkschaften in die Vorstandsetage aufstieg. Gestern wurden auf einer Pressekonferenz Forderungen nach Huthoffs Rücktritt laut.

Nach Darstellung der am Konflikt beteiligten Gewerkschafter und Betriebsräte soll Huthoff, der gemeinsam von IG Metall und IG Chemie zum Arbeitsdirektor gewählt wurde, zur Verschärfung der Lage im hannoverschen VAW-Werk erheblich beigetragen haben. Wie berichtet, begann der Konflikt am 1. September. An diesem Tag wurde bekannt, daß für die Arbeitnehmer Leistungen gekürzt werden sollten. Für die Einkommen bedeuteten das nach Betriebsangaben Verringerungen um 200 bis 1000 Mark.

Die von der beunruhigten Belegschaft geforderten näheren Informationen gaben Werksleitung und Vorstand nicht. Die Mitarbeiter weigerten sich, die Arbeit wiederaufzunehmen. Als Reaktion überreichte die Werksleitung dem Betriebsrat 19 fristlose Kündigungen wegen Beteiligung an der Arbeitsniederlegung. Durch Vermittlung des Bevollmächtigten der IG Metall, Verwaltungsstelle Hannover, Claus Wagner, wurde nach langen Gesprächen erreicht, daß die fristlosen Kündigungen zurückgenommen wurden und die Belegschaft wieder die Arbeit aufnahm. Wagner glaubte, damit sei der Konflikt zunächst ausgestanden.

Am 9. September aber erfuhr der Betriebsrat, daß dessen Vorsitzender Hans Joachim Kuck und sein Stellvertreter Wolfgang Minninger fristlos entlassen würden,

sechs Angestellte – darunter vier Ausbilder – Abänderungskündigungen und etwa 600 Beschäftigte Abmahnungen und Androhung auf Schadenersatz erhielten.

Der Bevollmächtigte der IG Metall zeigte sich vor allem betroffen darüber, daß der Arbeitsdirektor ihm schon bei seinen ersten telefonischen Vermittlungsbemühungen hatte wissen lassen, man wolle ein Exempel statuieren. Ein Gespräch zwischen einer Abordnung der IG Metall Hannover und dem VAW-Vorstandsvorsitzenden Dr. Rudolf Escherich in Bonn am Dienstag endete ohne Ergebnis. „Es war nicht möglich“, sagte Claus Wagner, „auch nur in einer Frage eine Kompromißformel zu finden.“ Er glaube aber dennoch an eine Lösung ohne harte Maßnahmen.

Das „verheerende Klima“, das im Lauf des Konflikts im hannoverschen Werk entstand, lasten Gewerkschaftssprecher vor allem dem Arbeitsdirektor an. Eberhard Schlesies, Geschäftsführer der IG Chemie, Verwaltungsstelle Hannover, vertrat grundsätzlich die Forderung, daß Arbeitsdirektoren von der Gewerkschaft kommen sollten. Der Vorgang bei VAW aber sei „bedrückend und beschämend“. Als Rechtfertigung für die Wahl des IG-Chemie-Mitglieds Huthoff meinte Schlesies: „Wir können langfristig nicht voraussehen, ob sie nicht vergessen, woher sie kommen.“ In einem solchen Fall wie diesem habe ein Arbeitsdirektor sein Amt niederzulegen, denn er solle ja die Interessen der Arbeitnehmer vertreten.

Zahlreiche Betriebsratsvorsitzende anderer Firmen kritisierten sowohl das Verhalten des Arbeitsdirektors als auch das der

Werksleitung hart als „politischen Angriff auf Arbeitnehmervertreter in allen Betrieben“, und äußerten, „dieser Angriff gilt uns allen“. „Wenn dieser Stil zunimmt“, meinte ein anderer, „dann müssen wir auf die Straße gehen.“

Kritik an den Entscheidungen der VAW-Unternehmensleitung übte auch die niedersächsische SPD. Der Fraktions- und Landesvorsitzende Karl Ravens wertete in einer Stellungnahme diese Maßnahme als „Konfrontationskurs“, den die SPD mit Empörung zur Kenntnis genommen habe. Der Verdacht liege nahe, heißt es in der Erklärung, daß hier mit Rückendeckung des Eigentümers Bund und damit des Finanzministers „nun auch die Wende im Umgang mit Mitarbeitern“ vollzogen werde.

Zu einer Demonstration zur Solidarität mit den Beschäftigten bei VAW hat der Deutsche Gewerkschaftsbund für heute abend aufgerufen. „Wir wenden uns gegen Führungsarroganz“, sagte DGB-Kreisvorsitzender Friedrich Theilmann, „gegen Unternehmerwillkür und in erster Linie gegen das Vorgehen von Arbeitsdirektor Huthoff.“ Die Kundgebung beginnt um 19 Uhr vor dem Tor 4 der Hanomag an der Hanomagstraße.

Bei der Arbeitsniederlegung von Belegschaftsmitgliedern hat es sich nach Ansicht des Verbandes der Metallindustriellen Niedersachsens nicht um einen Warnstreik der Gewerkschaft in einem Betrieb, sondern um eine verbotene Maßnahme gehandelt. Der Verband stellt in einer Presseerklärung heraus, daß es keine Arbeitnehmerrechte auf wilde Streiks anstelle von Verhandlungen gebe. Im Betriebsverfassungsgesetz sei ausdrücklich vorgeschrieben, daß sämtliche Kampfmaßnahmen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat unzulässig seien. Nach Auffassung des Verbandes dürfe nicht damit begonnen werden, in den Betrieben notwendige Verhandlungen durch wilde Streiks und Demonstrationen auf der Straße zu ersetzen.

ev

DGB-intern

Informationen vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Kreis Hannover

Nr. 07/83

Solidaritätskundgebung

Bei der VAW in Hannover wurden nach einer kurzfristigen Arbeitsniederlegung Belegschaftsmitglieder willkürlich durch die Geschäftsleitung gemäßregelt. Diese Maßregelung erfolgte, weil die Belegschaft gegen eine beabsichtigte erhebliche Einkommensminderung protestierte.

Der DGB-Kreis Hannover ruft aus diesem Grunde auf zu einer

S O L I D A R I T Ä T S K U N D G E B U N G

am Donnerstag, dem 15. September 1983.

Treffpunkt:

Hanomag, Tor I, Göttinger Straße, 3000 Hannover 91,
ab 19.00 Uhr.

Wir protestieren mit einem Fackelzug und führen die Kundgebung durch auf dem

M A R K T P L A T Z U N T E R R I C K L I N G E N .
(Ricklinger Stadtweg/Auf der Papenburg)

Es sprechen die Kollegen

C L A U S W A G N E R

1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover
und

H A N S J A N S S E N

geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
diese Unternehmerpolitik kann nicht widerspruchslos hingenommen werden. Arbeiter, Angestellte und Beamte demonstrieren gemeinsam gegen reaktionäre Politik und für soziale Gerechtigkeit.

IG
Bau-Steine-
Erden

IG
Bergbau und
Energie

IG Chemie-
Papier-
Keramik

IG
Druck und
Papier

Gewerkschaft
der Eisenbahner
Deutschlands

Gewerkschaft
Erziehung
und
Wissenschaft

Gewerkschaft
Gartenbau,
Land- und
Forstwirtschaft

Gewerkschaft
Handel, Banken
und
Versicherungen

Gewerkschaft
Holz und
Kunststoff

Gewerkschaft
Kunst

Gewerkschaft
Leder

IG Metall

Gewerkschaft
Nahrung, Genuß
Gaststätten

Gewerkschaft
Öffentliche
Dienste, Trans-
port u. Verkehr

Gewerkschaft
der Polizei

Deutsche
Postgewerk-
schaft

Gewerkschaft
Textil-
Bekleidung